

Kliniken Südostbayern

-

Hypervisoren

-

**Bewerbungsbedingungen
Offenes Verfahren**





I. Angaben zum Auftrag

1. Auftraggeber

Kliniken Südostbayern AG
Cuno-Niggel-Straße 3
83278 Traunstein

2. Rechtliche Verfahrensbetreuung und Ansprechpartner

Rechtliche Begleitung und Ansprechpartner:

Zirngibl Rechtsanwälte Partnerschaft mbH
Kurfürstendamm 194
10707 Berlin

Ansprechpartner:

Rechtsanwalt Lars Robbe, Fachanwalt für Vergaberecht
Rechtsanwalt Christian Cordes, Fachanwalt für Vergaberecht
vergabe@zirngibl.de

Hinweis: Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform.

3. Vorhaben und Auftrag

Die Kliniken Südostbayern AG, im Folgenden KSOB, plant die Beschaffung von Server-Hardware. Ebenfalls gefordert ist ein entsprechender Vor-Ort-Service am nächsten Arbeitstag, sowie ein deutschsprachiger Support, der im Falle von Fragen und Vorfällen als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Die technischen und mengenmäßigen Einzelheiten zu den Komponenten sowie den Supportleistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung, dem Anforderungskatalog sowie dem Preisblatt. Einbau und Konfiguration, Abnahmetests sowie der laufende Betrieb bleiben in der Verantwortlichkeit des Auftraggebers.

II. Angaben zum Verfahren

1. Art des Verfahrens

Das vorliegende Verfahren wird unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften als Offenes Verfahren gemäß § 15 VgV durchgeführt.



2. Elektronische Kommunikation

Die elektronische Vergabe wird in diesem Vergabeverfahren über die Vergabeplattform des „Deutschen Vergabeportals“ (kurz DTVP) abgewickelt. Dies betrifft die Bereitstellung der Vergabeunterlagen sowie die Kommunikation (z.B. Bieterfragen) zwischen Kontaktperson und Bietern. Fragen- und Antwortkatalog, Änderungen und Ergänzungen (sofern mangels Erheblichkeit keine Berichtigungsbekanntmachung erfolgt) sowie Hinweise zum Vergabeverfahren werden ausschließlich über die Vergabeplattform bekanntgegeben. Auch Angebote können nur elektronisch über die dafür vorgesehene Funktion der Vergabeplattform eingereicht werden.

Die Vergabeunterlagen können direkt und ohne Registrierung von der Vergabeplattform abgerufen werden. Allerdings erfordert der Zugang zur Bieterkommunikation, zur Information über Änderungen im laufenden Verfahren und zur Abgabe elektronischer Angebote eine Registrierung bei DTVP. Die kostenlose Basic-Edition ist ausreichend, um vollumfänglich an dem Vergabeverfahren teilnehmen zu können.

Die Vergabeplattform bietet für Bieter zahlreiche Hilfestellungen sowie einen technischen Support unter <https://www.dtv.de>.

Fragen zum Deutschen Vergabeportal, dem Bietertool und andere technische Fragen sind an den Support von Cosinex zu richten. Informationen sind unter <https://support.cosinex.de> zu finden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform verfahrenserhebliche Erklärungen abgeben wird.

3. Änderungen/Ergänzungen der Vergabeunterlagen

Sofern während des Vergabeverfahrens Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen oder zusätzliche Informationen bereitgestellt werden, erfolgt dies ausschließlich auf elektronischem Weg über die Vergabeplattform (sofern mangels Erheblichkeit keine Berichtigungsbekanntmachung erfolgt). Die potenziellen Bieter werden hierüber nur gesondert informiert, wenn sie sich auf der Vergabeplattform registrieren. Anderenfalls obliegt es den potenziellen Bietern selbst, regelmäßig zu prüfen, ob auf der Vergabeplattform neue Informationen zum Verfahren bereitstehen.

4. Losaufteilung

Eine Aufteilung in Lose erfolgt nicht.



5. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

6. Keine Vergütung der Angebote

Für die Beteiligung an diesem Vergabeverfahren wird von dem Auftraggeber keine Aufwandsentschädigung gewährt. Die von den Unternehmen vorgelegten Unterlagen gehen in das Eigentum des Auftraggebers über, werden jedoch nur im Rahmen des Vergabeverfahrens bzw. für Prüfungen von Aufsichtsbehörden verwendet.

7. Mindestlohn (MiLoG)

Der Auftragnehmer verpflichtet sich mit der Abgabe des Angebots für den Fall der Zuschlagserteilung stets die Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) einzuhalten, insbesondere seine Beschäftigten rechtzeitig nach dem MiLoG zu entlohnen. Beauftragt der Auftragnehmer zum Zwecke der Durchführung des Vertrages Unterauftragnehmer oder Verleiher, verpflichtet er sich, diese wiederum zur Einhaltung der Vorgaben nach dem MiLoG zu verpflichten. Gleiches gilt für von diesen Unterauftragnehmern beauftragte Unterauftragnehmer oder Verleiher. Die Einhaltung der Vorgaben des MiLoG hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer diese Unterlagen unverzüglich vorzulegen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Ansprüchen seiner Beschäftigten, der Beschäftigten der von ihm beauftragten Unterauftragnehmer und Verleiher oder der Beschäftigten der von diesem Unterauftragnehmer beauftragten Unterauftragnehmer oder Verleiher, frei.

Mit Abgabe des Angebots und Vertragsschluss garantiert der Auftragnehmer, dass er nicht gem. §19 Abs. 1 MiLoG von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen ist.

8. Vertraulichkeit der Informationen und Verfahrensintegrität

Fragen zum Verfahren oder zum Projekt sind an die genannte Kontaktstelle zu richten. Es ist nicht gestattet, zusätzliche oder vertrauliche Informationen über das Verfahren vom Auftraggeber oder dessen Beratern zu erlangen. Ausgenommen sind Informationen, die öffentlich zugänglich sind oder allen interessierten Unternehmen durch den Auftraggeber zugänglich gemacht werden. Sämtliche Vergabeunterlagen sind vertraulich zu behandeln und nur für den eigenen Gebrauch. Sie dürfen nicht an Dritte weitergegeben und für sachfremde Zwecke verwendet werden.



9. Terminplan

Veröffentlichung des Verfahrens	13.05.2026
Angebotsfrist	12.06.2026, 12:00 Uhr
Ggf. Nachforderung bzw. Aufklärung	Ca. 6 Kalendertage
Stillhaltefrist	10 Kalendertage
Zuschlagserteilung (voraussichtlich)	30.06.2026
Bindefrist	60 Tage ab Angebotsfrist



III. Angebote

1. Einreichung der Angebote

Die Einreichung der Angebote ist ausschließlich elektronisch in Textform über die dafür vorgesehene Funktion der Vergabeplattform „DTVP“ ohne fortgeschrittene/qualifizierte Signatur/Siegel einzureichen.

Auf postalischem Wege, per E-Mail oder die Kommunikationsfunktion des Vergabeportals übermittelte Angebote sind nicht zugelassen. Das Angebot muss vollständig und in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abgefasst sein.

Das Angebot besteht aus den folgenden Unterlagen:

Zum Nachweis der Eignung:

- Formblatt Eignung
- Ggf. Eignungsleihe Unterauftragnehmer
- Ggf. Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer
- Ggf. Formblatt Bewerber-/Bietergemeinschaft
- Eigenerklärung – Bezug zu Russland (EU Nr. 833-2014 Russland-Sanktionen)
- Nachweis (Kopie) Qualitätsmanagementsystem

Für das Angebot:

- Preisblatt

Das Angebot muss vollständig sein und die in der Bekanntmachung geforderten Angaben und Erklärungen enthalten.

Eine Unterzeichnung der Unterlagen ist nicht notwendig. Wichtig ist jedoch, dass im Unterzeichnungsfeld der Name des Unternehmens und der Person angegeben werden, die die Erklärung für dieses abgibt.

Bei Bietergemeinschaftserklärungen bzw. Verpflichtungserklärungen von Unterauftragnehmern muss erkennbar sein, dass diese Erklärungen vom Bietergemeinschaftspartner bzw. Unterauftragnehmer abgegeben wurden (z.B. werden diese Erklärungen von den Bietergemeinschaftsmitgliedern bzw. Unterauftragnehmern unter Angabe desjenigen, welcher die Erklärung abgibt, eingescannt mit dem Angebot eingereicht). Erfolgt die Bildung einer Bietergemeinschaft bzw. der Einsatz von Unterauftragnehmern im Zuge der Eignungsleihe, sind diese als Einheit zu betrachten und unterliegen den gleichen Wertungskriterien wie ein einzelner Bieter, d.h. es kommt hinsichtlich der geforderten Leistungsfähigkeit auf die Gesamtkapazität des Angebots an.



Die Angebotsfrist ist eine Ausschlussfrist und endet mit Ablauf der als Einreichungstermin festgesetzten Uhrzeit. Verspätet eingegangene Angebote werden von der Wertung ausgeschlossen. Das Risiko des fristgerechten Zugangs trägt der Bieter. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können die Angebote über die Vergabeplattform zurückgezogen werden.

2. Bieterfragen

Der Auftraggeber erteilt Auskünfte zu Bieterfragen. Die Bieter haben sich unmittelbar nach Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu versichern und die Kontaktstelle auf etwa bestehende Unklarheiten in den Vergabeunterlagen unverzüglich hinzuweisen. Die Bieter werden gebeten, Bieterfragen und -hinweise **spätestens 5 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist** ausschließlich über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform einzureichen. Nicht rechtzeitig eingereichte Bieterfragen und -hinweise behält sich der Auftraggeber vor, nicht zu beachten.

Der Fragen- und Antwortkatalog wird Bestandteil der Vergabeunterlagen.

3. Prüfung der Angebote

Die Prüfung der Angebote erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

1) Formalprüfung

Zunächst wird geprüft, ob die Angebote den formalen Anforderungen genügen. Sofern dies nicht der Fall ist, kann das Angebot nicht mehr berücksichtigt werden. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, den betreffenden Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und Gleichbehandlung aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren.

2) Eignungsprüfung

Anschließend wird beurteilt, ob der Bieter nach den vorgelegten Erklärungen und Nachweisen grundsätzlich geeignet ist, die in Rede stehenden Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Hierbei werden die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit der Bieter geprüft.

Die vorgelegten Nachweise und Erklärungen müssen die folgenden Mindestanforderungen erfüllen:



- Eine Eigenerklärung darüber, dass keine **Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB** vorliegen. Hierfür ist das „Formblatt Eignung“ zu verwenden. Vor Zuschlagserteilung können die entsprechenden Bestätigungen angefordert werden.
- Eine Eigenerklärung über den **Gesamtumsatz des Unternehmens**, jeweils bezogen auf die 3 letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre (oder seit dem Gründungsdatum oder dem Datum der Tätigkeitsaufnahme des Unternehmens, falls dieses weniger als drei volle Jahre zurückliegt). Die Umsätze von Mitgliedern einer Bietergemeinschaft werden addiert. Umsätze von eignungsleihenden Unternehmen werden in die Berechnung einbezogen, wenn mit dem Angebot eine Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens gemäß dem vorgegebenen "Formblatt Verpflichtungserklärung" vorgelegt wird.
- Eine Eigenerklärung über **den jährlichen Umsatz des Bieters mit zu den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbaren Leistungen** (maßgeblich für die Vergleichbarkeit sind Umsätze im Zusammenhang mit der Lieferung von Server-Hardware) bezogen auf die 3 letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre (oder seit dem Gründungsdatum oder dem Datum der Tätigkeitsaufnahme des Unternehmens, falls dieses weniger als drei volle Jahre zurück liegt). Die Umsätze von Mitgliedern einer Bietergemeinschaft werden addiert. Umsätze von eignungsleihenden Unternehmen werden in die Berechnung einbezogen, wenn mit dem Angebot eine Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens gemäß dem vorgegebenen "Formblatt Verpflichtungserklärung" vorgelegt wird.
 - Mindestanforderung hierbei: Der Mindestumsatz des durchschnittlich erzielten Jahresumsatzes mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbare Leistungen, bezogen auf die 3 letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre (oder seit dem Gründungsdatum oder dem Datum der Tätigkeitsaufnahme des Unternehmens, falls dieses weniger als drei volle Jahre zurück liegt) beträgt **600.000 Euro**.
- Mindestens **drei Referenzen** über laufende oder in den letzten 5 Jahren (maßgeblicher Zeitpunkt ist das Datum des Schlusstermins für den Eingang der Angebote) durchgeführte Leistungen über die Lieferung von Server-Hardware. Hierzu sind jeweils folgende Angaben zu tätigen:
 - Auftraggeber nebst Angabe eines Ansprechpartners mit Telefonnummer und (E-Mail-Adresse)
 - Server-Hardware-Typ
 - Anzahl der Server-Hardware
 - Datums des Vertragsabschlusses
 - Auftragssumme



- Details zu erbrachten Leistungen.

Für die Angabe ist das „Formblatt Eignung“ zu verwenden.

- Nachweis (Kopie) eines aktuell gültigen (maßgeblicher Zeitpunkt ist das Datum des Schlusstermins für den Eingang der Angebote) Qualitätsmanagementsystems nach ISO 9001 oder vergleichbar. Das Qualitätsmanagementsystem muss von einer akkreditierten Stelle zertifiziert sein und den einschlägigen europäischen Normen genügen. Es werden auch gleichwertige Bescheinigungen von akkreditierten Stellen aus anderen Staaten anerkannt. Konnte ein Bieter aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen, so erkennt die Auftraggeberin auch andere Unterlagen über gleichwertige Qualitätssicherungssysteme an, sofern der Bieter mit seinem Angebot nachweist, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen.
- Sofern sich Bietergemeinschaften beteiligen, ist zusätzlich eine Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot vorzulegen. Bei Beteiligung einer Bietergemeinschaft ist von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft eine unterschriebene Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung im Auftragsfall unter Benennung eines bevollmächtigten Vertreters einzureichen. Die bisher genannten Darstellungen sind in diesem Fall von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen.

3) Angebotsprüfung

Die Angebote werden sodann anhand der unten dargestellten und erläuterten Bewertungskriterien durch ein Gremium des Auftraggebers bewertet. Im Preisblatt dürfen ausschließlich die vorgesehenen Eintragungen vorgenommen werden.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein Abweichen des einzureichenden Angebotes von den beigefügten Vertragsunterlagen oder diesen Verfahrensbedingungen zum Ausschluss aus dem Verfahren führt. Die Angebote müssen verbindlich und zuschlagsfähig sein.

Auf dieser Grundlage wird sodann eine Gesamtwertung erstellt.

4) Benachrichtigung und Zuschlagserteilung



KLINIKEN
SÜDOSTBAYERN

Nach Prüfung und Wertung der Angebote wird der Auftraggeber die nicht berücksichtigten Bieter über die geplante Zuschlagserteilung informieren. Nach Ablauf einer Stillhaltefrist wird der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.



IV. Wertung der Angebote

Das wirtschaftlichste Angebot des Vergabeverfahrens bestimmt sich ausschließlich nach dem Gesamtpreis (inkl. Support und Schulungen). Dieser ist im Preisblatt anzugeben.